



www.dielinke-berlin-mitte.de

Die Linke

Bezirksverband  
Mitte

# mitten drin

Ausgabe 02 | 2024 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



## OPPOSITIONELLER DRUCK VON LINKS!

**Ein Teil der Berlinerinnen und Berliner hat am 11. Februar eine Gelegenheit, die den Menschen in anderen Bundesländern derzeit versagt bleibt: Sie können zwar nicht die Ampel abwählen, auch wenn es m.E. dringend notwendig wäre, aber sie können mit ihren Stimmen für DIE LINKE notwendigen oppositionellen Druck von links auf die Bundesregierung machen und sich damit auch den Frust ein Stück weit von der Seele wählen.**

Es ist unerhört, was SPD, FDP und Grüne den Bürgerinnen und Bürgern und den Betrieben des Landes zumuten. Immer mehr Menschen - Familien, Normalverdiener, Rentner - haben

Mühe, finanziell über die Runden zu kommen, obwohl sie sich bereits von Krise zu Krise einschränken. Manchen Unternehmen geht die Luft aus. Das liegt nicht zuletzt an einer Inflation, die sich aufgrund der Ampel-Politik festfrisst und damit den Alltag gerade auch in der Hauptstadt unbezahlbar macht. Armut und Existenzängste an allen Ecken der Stadt - oft versteckt. Statt wirkungsvoll die Inflation zu bekämpfen, entschlossen die Preise zu drücken, hat die Bundesregierung zum Jahreswechsel sogar den Teuerungsturbo gestartet. Die Mehrwertsteuer auf Gas, Fernwärme und in der Gastronomie ist gestiegen. Der Besuch

in Restaurant oder Kiezkneipe wird dadurch weiter teurer. Das gefährdet Existenzen. Wahnsinn!

Die ökologisch weitgehend sinnlose CO<sub>2</sub>-Steuer wurde zum Jahreswechsel deutlich angehoben. Die Landwirte sollen zu Sündenböcken einer unfähigen Haushaltspolitik gemacht werden. Weil die Bundesregierung in diesem Jahr lieber mit aller Gewalt die Schuldenbremse einhalten will - einzig und allein, damit Finanzminister Lindner, der oberste Vermögensverwalter des Geldadels, die Regierung nicht sprengt -, sind zum Jahresanfang

➤ Fortsetzung auf Seite 2

### FRAGE AN NEUE MITGLIEDER

Warum bist du in der Partei Die Linke?

Seite 3 ➤

### STADTENTWICKLUNG

Gegenprojekt zu „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ gescheitert – Wohnungsbündnis zerbröckelt

Seite 5 ➤

### AUS DEM ABGEORDNETENHAUS

Der Kahlschlag beginnt – Senatshaushalt nicht gedeckt

Seite 7 ➤

➤ Fortsetzung von Seite 1

auch die Energiepreisbremsen aus-  
gelaufen, die zwar zu hoch angesetzt  
waren, aber dennoch die Preisexplo-  
sionen begrenzen. Ein warmes Wohn-  
zimmer wird damit in diesen Tagen zur  
Kostenfalle. Steuerlich entlastet haben  
will Christian Lindner die Menschen  
zum Jahresanfang. Jeder, der in seine  
Geldbörse schaut, sieht, dass dies nicht  
wahr ist. 2024 werden Gering- und Nor-  
malverdiener zusätzlich belastet - wie-  
der einmal. Geschont werden wie immer  
Multimillionäre und Milliardäre. Es ist  
folgerichtig, dass keine Bundesregie-  
rung zuvor so unbeliebt war wie diese.

Mehr Wohnungen wollte die Bundes-  
regierung bauen, eine Kindergrundsich-  
erung und ein Klimageld hat sie im  
Koalitionsvertrag versprochen. Waffen-  
exporte sollten restriktiv gehandhabt  
werden. Feministisch sollte die Außen-  
politik werden. Jetzt will die Bundes-  
regierung - wertegerichtet - Eurofighter  
an Saudi-Arabien liefern. 85 Milliarden

Euro fließen in die Bundeswehr, 2,4 Pro-  
zent dieser irren Summe in den Kampf  
gegen Kinderarmut. Friedensinitiativen,  
um Russlands brutalen Krieg gegen  
die Ukraine zu beenden, gibt es aus  
Deutschland und Europa keine. Dafür  
wird die Waffenhilfe an die Ukraine für  
2024 pauschal verdoppelt - während  
hierzulande bei Rentnern gekürzt wird.  
Inakzeptabel!

Schulen verfallen, Lehrkräfte fehlen,  
die Bahn ist in einem beklagenswer-  
ten Zustand. Deutschland braucht eine  
andere Politik. Allerdings nicht die, die  
Friedrich Merz anbietet, kein Rollback  
in vergangene Jahrzehnte. Kein Treten  
nach unten. Wir brauchen keine Rechts-  
extremen in den Parlamenten, sondern  
eine starke LINKE - eine Politik des so-  
zialen Zusammenhalts. Der 11. Februar  
ist ein idealer Tag, um Wut auf die Ampel  
mit demokratischen Mitteln zum Aus-  
druck zu bringen. Eine bessere Stadt,  
ein besseres Land sind möglich - mit  
oppositionellem Druck von links!

**Dietmar Bartsch, MdB**

## Mit politischer Bildung für eine starke Linke!

„Die Bildungsarbeit der LINKEN ist ein wesentlicher Teil ihrer politischen Praxis. Nur eine lernende Partei kann auch gesellschaftliche Lernprozesse befördern“, heißt es im Bildungsverständnis unserer Partei. Im Bezirksvorstand haben wir überlegt, wie wir mit politischer Bildung unsere Praxis und Handlungsfähigkeit stärken und haben deshalb gemeinsam an einem Bildungsprogramm geschmiedet, das durch Vermittlung von Inhalten, politischem Handwerkszeug und stetigen Austausch gekennzeichnet ist. Mit unseren Bildungsangeboten möchten wir unseren Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich politisch weiterzubilden, ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln und damit möglichst qualifiziert in politische Debatten eingreifen zu können.

### Drei zentrale Formate möchten wir dabei gesondert vorstellen:

- 1) Mit unserer Reihe „**ABC des Kapitalismus**“ wollen wir uns gemeinsam Grundwissen darüber aneignen, wie der Kapitalismus funktioniert. Welche Funktionen erfüllt er im und für den Staat? Welche gesellschaftlichen Konflikte produziert er? Vor allem aber die Frage diskutieren, was wir als Sozialist\*innen tun können, um Verbesserungen durchzusetzen und gleichzeitig an dessen Überwindung zu arbeiten.
- 2) „**Let's talk**“ ist ein Austauschformat, das regelmäßig und nach Bedarf stattfinden wird. Da wollen wir mit unseren Mitgliedern ins Gespräch kommen und uns zu aktuellen gesellschaftlichen und innerparteilichen Debatten austauschen. Ziel der Veranstaltung ist es, neben konfliktträchtigen Themen auch aktuelle Debatten gemeinsam solidarisch zu führen.
- 3) **Strategische Aufbauarbeit** ist der dritte zentrale Strang, mit dem wir Aktive weiterbilden wollen. Denn strategische Mitgliederarbeit und Wahlkämpfe brauchen Aufbau-Methoden und einer genauen Planung. Auch Fragen der Mitgliederarbeit und des Erfahrungsaustausches zwischen den Basisorganisationen werden behandelt.

Wir wünschen uns, dass politische Bildung ein selbstverständlicher Teil bei der Planung und Durchführung unserer Aktivitäten wird. Zudem wollen wir voneinander lernen, insbesondere von den älteren Mitkämpfer\*innen. Uns ohne Entscheidungsdruck und mit großer Neugier den politischen Fragen der Zeit widmen. Damit wir gestärkt und solidarisch für eine starke Linke kämpfen können.

**Inva Halili, Martha Kleedörfer**

## Aufstehen gegen Rassismus: Jetzt erst recht!

Hochrangige AfD-Politiker, reiche Ge-  
schäftsmänner und zwei Mitglieder  
der CDU trafen sich im November zu  
einem Geheimtreffen, bei dem die De-  
portation von Millionen Menschen mit  
Migrationsgeschichte geplant wurde.  
Die AfD klettert unterdessen in den Um-  
fragen weiter nach oben. Der Faschis-  
mus, den die AfD schon längst nicht  
mehr verheimlicht, scheint bisweilen  
unaufhaltbar. Björn Höcke will bei den  
Landtagswahlen „33 plus x Prozent“  
für die AfD erzielen. Wir wissen, was  
Geistes Kind er ist.

Wir können den Faschismus nur ver-  
hindern, wenn wir der AfD und anderen  
Nazis deutlich und unüberhörbar wider-  
sprechen, wenn wir uns zusammentun  
und gegen Ungerechtigkeiten kämpfen.  
Das bedeutet auch, dass SPD und Grü-  
ne, die aktuell die härteste Asylrechts-  
verschärfung der letzten 30 Jahre um-  
setzen, von ihrer menschenfeindlichen  
und unsocialen Politik ablassen müssen.  
Die Ampel schafft Steuererleichterun-  
gen für Reiche und kürzt bei Leistungen  
für Arme. Wer eine solche Politik macht,  
darf sich nicht wundern, dass die AfD  
Auftrieb erhält. Nur eine Politik, in der  
Menschen Verarmung nicht fürchten  
müssen, ist ein wirksames Mittel gegen  
die AfD und weitere rechte Kräfte. Wir  
wollen eine offene Gesellschaft, in der  
niemand Angst haben muss, sei es vor



der nächsten Mieterhöhung oder einem  
rassistischen Mob vor ihrem Zuhause.  
Wer mit uns gemeinsam kämpfen  
möchte — gegen die unsocial Politik  
der Ampel und der CDU genauso wie  
gegen rechts — der findet uns in den  
nächsten Wochen jeden Sonnabend in  
Berlin Mitte, Wedding und Moabit und  
bei unseren Basisorganisationen. Alle  
Termine stehen auf [www.dielinke-berlin-mitte.de](http://www.dielinke-berlin-mitte.de). Wir freuen uns auf Dich  
und Sie!

**Martha Kleedörfer**

# Warum bist du in der Partei Die Linke?

## Frage an neue Mitglieder der Partei

”

Als ich 17 Jahre alt war, nahm Gesine Löttsch mich auf eine antifaschistische Jugendreise mit. Die Linke stand kurz vor ihrer Gründung, und ich verstand nichts. Aber ich verstand, dass der Widerstand im Spanischen Bürgerkrieg und der Mut der Kommunist\*innen der 30-er Jahre etwas mit unserer Gegenwart zu tun hatten. Heute wird das umso deutlicher. Und ich glaube, es ist der Grund, warum viele andere und ich erkannt haben, dass es nicht reicht, an der Seitenlinie zu stehen, sondern Partei zu ergreifen und einzutreten.“

**Ines Schwerdtner**

”

Mein Ziel ist es, die Armut abzuschaffen. Seit vielen Jahren setze ich mich deshalb für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ein. Um für das Grundeinkommen zu kämpfen, bin ich 2022, rechtzeitig zum Mitgliederentscheid, in Die Linke eingetreten und engagiere mich nun im Wedding. Als Parteimitglied möchte ich dabei mitwirken, dass das Bedingungslose Grundeinkommen eine wichtige Forderung und ein großes, attraktives Thema der Linken wird.“

**Robert Ulmer**

”

Ich bin in Die Linke eingetreten, weil ich denke, eine parlamentarische Opposition von links muss stark sein. Die Linke ist für mich ein wichtiger Ort des gemeinsamen Kampfes. Ich hoffe, hier mit anderen den Rechtsruck aufzuhalten und gemeinsam das Leben von Menschen, global und lokal, radikal zu verbessern.“

**Paul Wagner**

”

Ich bin der Linken beigetreten, weil sie die einzige sozialistische Kraft in Deutschland ist, die bedingungslos für soziale Gerechtigkeit kämpft – für mich die einzige Option. In Moabit setze ich mich dafür ein. Klimagerechtigkeit, Antifaschismus & soziale Sicherheit für alle sind meine Antriebe. In Zeiten brennender Herausforderungen sehe ich in einer linken Opposition die Kraft, das Feuer zu löschen. Für eine solidarische Gesellschaft, gegen Rechts – ich möchte andere motivieren, aktiv zu werden. Eine bessere Welt ist möglich und wir können an der Basis Großes bewirken – daran glaube ich!“

**Denise Verch**

## CDU/SPD-Koalition zwingt Bezirk zu Schließungen von Jugendklubs

### Mitarbeitenden droht Kündigung

Angst und Frustration herrschten im Jugendhilfeausschuss am 11. Januar. Draußen eine lautstarke Demonstration und drinnen Stille, als ich in meiner Funktion als Jugendstadtrat den versammelten Eltern und Kindern verschiedener Einrichtungen, den anwesenden Mitarbeitenden von Jugendhilfeträgern und der Jugendamtsverwaltung die schlechte Nachricht überbrachte: Keine Entwarnung, die Koalition im Land hat dem Bezirk Mitte keine Lösung für seine exorbitante Einsparvorgabe eröffnet.

Damit stand nun fest, dass für den Worst Case geplant werden muss. Durch die Beschlussfassung des Haushaltsgesetzes zwingt das Land den Bezirk Mitte zu Einsparungen in Höhe von 13 Millionen Euro. Zudem verfügte die Koalition aus CDU und SPD, dass diese Kürzungen zum größten Teil bei den sozialen Leistungen erbracht werden müssen.

Entsetzen macht sich breit, als klar ist, wie ernst die Situation für die vielen großen und kleinen Jugendfreizeiteinrichtungen, die Familienzentren, die Sozialarbeit auf der Straße und in den Schulen in Mitte ist. Es tat mir im Her-

zen weh, zu sehen wie zu-nächst Ratlosigkeit, gefolgt von Trauer und Wut im Saal um sich griffen. Wie kann es sein, dass der Regierende Bürgermeister (CDU) und die Innensenatorin (SPD) vor und nach Silvester die Wichtigkeit präventiver Jugendarbeit und Sozialarbeit betonen, wenn dem Bezirk zeitgleich Einsparungen in genau diesen Bereichen auferlegt werden?

Die Träger und ihre Mitarbeitenden sind zurecht in Aufruhr, denn ihre Finanzierung läuft zum 30. April 2024 aus. Danach ist Schluss, wenn nicht noch Lockerungen bei den Kürzungsvorgaben zugelassen werden. Was das bedeutet, berichtete eine Sozialarbeiterin: „Ich hab’ meinen Mädchen in der Einrichtung versprochen, ich unterstütze und begleite sie durch den MSA (Mittlerer Schulabschluss). Jetzt muss ich ihnen ins Gesicht sagen, dass ihr Jugendklub, ihr zweites Zuhause, in ein paar Wochen schließen muss.“

Der Schaden ist angerichtet. Bereits jetzt müssen die Träger mit ihren Mitarbeitenden über Kündigungen sprechen.



Lautstarker Protest vonnöten

Die Unsicherheit bei den Beschäftigten ist riesig, denn sie wollen in Mitte bei „ihren“ Jugendlichen bleiben. In anderen Bezirken werden Fachkräfte wie sie aber händeringend gesucht – eine Katastrophe für Mitte, sollten sie weggehen.

Für mich als Jugendstadtrat ist es eine unmögliche Situation, denn ich will den Ernst der Lage nicht herunterspielen und trotzdem Träger ermuntern, mit den Kündigungen noch zu warten. Noch ist die Hoffnung nicht verloren. Nun braucht es lautstarken Protest – vor dem Abgeordnetenhaus und dem Roten Rathaus, denn die Zügel liegen nicht mehr in der Hand des Bezirks.

**Christoph Keller,**  
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend,  
Familie und Gesundheit

## Kürzungen, Konsens und zögerlicher Umgang mit Rechtsnationalen

Auch in der Januar-BVV ging es um die katastrophalen Kürzungen, die von den Regierungsparteien auf Landesebene beschlossen wurden. Im Bezirk besteht die Gefahr, dass 30 der 52 Jugendfreizeiteinrichtungen geschlossen werden müssen.

Udenkbar, wenn wir uns an die Aussagen nach dem Jugendgewaltgipfel vor zwei Jahren erinnern, bei dem sich die nun Verantwortlichen noch verantwortungsvoll darstellen wollten. Dem entsprechend wütend sind die Träger der Jugendarbeit und natürlich die Kinder und Jugendlichen, die am Tag der BVV vor dem Rathaus, im Foyer und auch im BVV-Saal protestierten.

Was die finanzielle Situation angeht, besteht zwischen den Fraktionen der BVV eine große Einigkeit. Wir lassen uns nicht kaputtsparen zu Lasten unserer Kinder und Schwächeren.

Ein paar Aufreger gab es in der Sitzung jedoch, zum Beispiel beim Thema Drogen und Polizei auf dem Leopoldplatz. Alle Fraktionen außer uns be-



Protest von Kindern und Jugendlichen im BVV-Saal

fürworten die Errichtung einer Polizeiwache auf dem Platz, und das, obwohl bislang dringend notwendige Hilfestrukturen fehlen und Gewaltandrohung und

Aufrüstung, wie wir wissen, keine Lösungen sind. Auch das – an sich sinnvolle – Argument, dass polizeilicher Schutz und Hilfestrukturen miteinander arbeiten können, zieht so lange nicht, wie diese Hilfestrukturen nicht ausreichend vorhanden sind.

Außer der CDU war glücklicherweise niemand der Meinung, dass die Ordnungsverwaltung in Mitte dem Reinickendorfer Vorbild folgen und die Mitarbeitenden mit Helmen und anderen SEK-Accessoires ausstatten sollte.

Ärgerlich ist immer wieder der Umgang der CDU mit Initiativen der AfD. Wo andere demokratische Fraktionen konsequent ablehnen, sehen wir bei der CDU vornehme Enthaltung. Soviel zum Thema Brandmauer.

**Ingrid Bertermann,**  
Geschäftsführerin der Fraktion Die  
Linke in der BVV Mitte



## BEI ANDEREN GELESEN

„In diesem Jahr“, prophezeit das **Handelsblatt**, „lässt sich bereits erahnen, dass die großen Entwicklungen des Jahres sich an den Wahlen der Welt abspielen werden. Denn insgesamt dürfen 4,2 Milliarden Menschen in 76 Ländern in diesem Jahr wählen, wie das britische Wirtschaftsmagazin Economist berechnet hat. Das ist über die Hälfte der Weltbevölkerung. Hinzu kommt, dass 2024 in vielen Regionen zu einem demokratischen Schicksalsjahr werden dürfte. Die große Frage lautet: Wie wehrhaft sind die Demokratien in den USA, Österreich, aber auch in Deutschland gegen die Übernahme durch rechtsextreme Bewegungen?“

Ähnlich **Focus online**: „Der Ausblick auf 2024 fällt eher sorgenvoll aus. Das Jahr 2024 könnte die Welt, so verrückt sie uns heute bereits erscheinen mag, in einen Zustand umfänglicher Unordnung führen. Kritische Konflikte und wichtige Wahlen werden es entscheidend prägen. Wir dürfen auf das Beste hoffen, sollten aber auf das Schlimmste vorbereitet sein.“

In der **taz** ist von Endspielen der Demokratie die Rede. Nicht nur in der ostdeutschen Provinz werde zu den Wahlen gerufen, „auch in Indien, der bevölkerungsstärksten Demokratie der Welt, in den USA, einer der ältesten Demokratien, und, nicht zu vergessen, in der Europäischen Union. Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen stehen unter anderem in Pakistan und Bangladesch, in Namibia und Mali, Peru und El Salvador, Belgien und Österreich, Kroatien und Rumänien, Georgien und Litauen an.“ Die Wählerinnen und Wähler haben es laut **taz** in der Hand, „ob 2024 ein nur quantitativ außergewöhnliches Wahljahr oder ein Endzeitdrama für die Demokratie“ wird.

Die **Berliner Morgenpost** meint: „Deutschland erlebt sein eigenes Superwahljahr. An dessen Ende könnte die politische Realität mancherorts eine vollkommen neue sein. Die Abstimmungen dürften außerdem einen deutlichen Hinweis darauf geben, wie es mit der Ampel-Koalition und Bundeskanzler Olaf Scholz weitergeht.“

Schließlich noch **Stern online**: „Die Landtagswahlen im Osten haben auch das Potenzial, Schockwellen ins Ausland zu senden. Das internationale Echo dürfte groß sein, wenn zum ersten Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der größten Volkswirtschaft Europas eine rechte Partei stärkste Kraft wird.“



## Giffey's „Wohnungsbündnis“ zerbröckelt

**Gegenprojekt zu „Deutsche Wohnen Co. enteignen“ gescheitert**

**Bei der Gründung des „Berliner Wohnungsbündnisses“ im Jahre 2022 hatte die damalige Regierende Bürgermeisterin Giffey das Ziel bezahlbarer Wohnungen zur „Cheffinnensache“ erklärt. Sie ging angeblich davon aus, dass man in dem freundlichen Einvernehmen eines Bündnisses zwischen Wohnungskonzernen, Senat und Bezirken mehr erreichen könnte als durch breiten Druck von unten, nämlich durch die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ (DWE), die einen erfolgreichen Volksentscheid über die Enteignung, Entschädigung und Vergesellschaftung marktbeherrschender Wohnungsunternehmen erreicht hat.**

Dabei hätte für eine auch nur halbwegs erfahrene Politikerin von vornherein klar sein müssen, dass man derart entgegengesetzte ökonomische Interessen nicht bei freundlichem Plausch plötzlich in ein realpolitisches „Bündnis“ zwingen kann.

In der Zwischenzeit zeigte sich überdeutlich, dass die Befürchtungen der Mieterorganisationen, der DWE und der LINKEN vollkommen berechtigt waren. Mieterorganisationen wie die Berliner Mietergemeinschaft (BMG) stellten fest, dass sich die im „Bündnis“ selbstgesteckten Ziele der Vermieter als völlig unverbindliche Augenwischerei erwiesen hätten. Geradezu „wahnwitzige Mieterhöhungen“ bestätigten die damaligen Befürchtungen. Auch der Berliner Mieterverein (BMV) zog eine vernichtende Bilanz: Viele Vermieter ignorierten oder umgingen auch die gesetzlichen Regeln, z.B. für Neuver-

mietung, und forderten weitaus zu viel. Begründet wurde dies mit Ausnahmen zeitlich begrenzter, teilgewerblicher oder möblierter Vermietung. Außerdem werden die Mietnebenkosten in vielen Fällen zu einer Art Profitmaschine gemacht (z.B. bei DEUTSCHE WOHNEN und VONOVIA).

Zum Teil treten auch Wohnungsunternehmen wie die ADLER GROUP einfach aus diesem unverbindlichen „Bündnis“ wieder aus und verschicken saftige Mieterhöhungen; zum Teil wird wie bei COVIVIO der Mietspiegel umgangen: Da ein qualifizierter Mietspiegel fehlt, werden überhöhte Mietforderungen schlicht mit irgendwelchen „Vergleichswohnungen“ begründet. Laut Marcel Eupen vom Alternativen Mieterverein (AMV) ermutigt das Fehlen eines qualifizierten Mietspiegels Vermieter geradezu, Mieterhöhungen anhand von Vergleichswohnungen zu fordern. Es könne davon ausgegangen werden, dass andere private Vermieter dem Beispiel folgen werden!

Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ kündigt an, einen *Gesetzesvolksentscheid* einzuleiten, bei dem über ein eigenes Vergesellschaftungsgesetz abgestimmt werden soll. Zwei Jahre, nachdem sich 59,1 % der Berliner\*innen für die Vergesellschaftung von Wohnraum entschieden haben, ist die Initiative überzeugt, dass der Gesetzesvolksentscheid das beste Instrument zur Durchsetzung des demokratischen Votums ist. Mit diesem Schritt will die Initiative der anhaltenden politischen Blockade durch den Berliner Senat ein Ende bereiten.

**Rainer Scholz**

## Die Zukunft liegt auf der Lauer

**Null Grad war früher kein gefährlicher Kälteeinbruch, aber manchmal ärgerlich. Damals wohnte ich ganz oben, Ofenheizung, kein Fahrstuhl, Braunkohlenbriketts wurden hoch-, Asche runtergetragen, der Gehweg im Winter damit gestreut. Die Kohle heizte schlecht, noch nicht erfunden waren bunte lange Steppmäntel, warme Leggings, dick gefütterte Stiefel, zum Telefonieren wartete man vor der Telefonzelle auf der Straße.**

Der Winter – eins der vier sozialistischen Hauptübel, doch in Frühling, Sommer und Herbst froren zumindest die Außenklos nicht ein... Auch damals wurde in Mitte gern geliebt und gefeiert, da war Mitte noch Stadtrand... Heute ist nicht nur das anders, werden ver-eiste Straßen nicht zwingend gestreut, gefriert auch die Stimmung. Auf Umbrüche weisen Krisen, Demos für und gegen, Bauernproteste, Klimakleber, Bahn- und andere Streiks. Der Wahlkampf findet in anderen Köpfen statt, derweil Dienende aller Parteien auch in Mitte fleißig banale Wahlplakate an Laternen hochgezogen haben ... Unmut ist

das Wort des Augenblicks, auch meine bunte urbane Blase hat Luft gelassen, doch in Mitte bleibt man vor allem jung, werden Zeitungen nicht nur von nachfolgenden Generationen kaum mehr gelesen, ist klassische Bildung passé. Wichtiger scheinen eigene Befindlichkeit, Sport, Mode, Tierwohl, Klima, Internet und Social Media. Das neue New Age? Politischer Sachverstand wird rarer, die Mitte zentriert, Ränder spreizen ab, unübersehbar sind parallele Existenzen. Schwamm drüber?

Und dann: Vegan oder nicht, die Restaurants sind teurer, ich koche, beim Bio-Bäcker kostet das Stück Schwarzwälder-Kirschtorte 4,80, gelegentlich frage ich mich, worüber so viele wacker mit Schal, Laptop, dampfendem Becher draußen schwatzen... Beeindruckend ist der Kultursenator, der in der Brunnenstraße amtiert, uns Weddings Uferhallen als Kunstort bewahrt hat, fast nebenan verkauft in der Prinzenstraße der nette Tunesier im weißen Kittel weiter vorzügliches Lammfleisch, pikante Mer-guez, auch Huhn, doch kein Schwein. Ein Laden wie einst in der alten Mitte



Weißer Winter inmitten Berlins

zur Zeit der Fleischer und Bäcker, als niemand erwartete, in der Ackerstraße würde 2024 eine kleine Vietnamesin jeden Tag ihre Auslage liebevoll mit Obst und Gemüse gestalten, die alte Ackerhalle eine „Frischetheke“ haben, und auch deren Personal Fleisch, Fisch, Käse meist lieben. Doch wie bei jeder Wahl muss ich leider auch hier meine Wünsche drosseln.

**Irene Runge**

## Jüdisches und christliches Leben und ein architektonisches Kleinod

Mehr denn je ist in diesen Tagen ein Besuch des **Jüdischen Museums** geraten. Die Dauerausstellung über jüdische Geschichte und Gegenwart in Deutschland ist bei freiem Eintritt täglich von 10 bis 19 Uhr geöffnet. Einblicke in jüdische Kultur und Religion geben Antworten auf Fragen wie: Was ist im Judentum heilig? Was passiert am Schabbat? Welchen Klang hat das Judentum? Das Museum besteht aus einem Ensemble von drei Gebäuden. In der Lindenstraße stehen das Kollegienhaus sowie der zick-zack-förmige Neubau des Architekten Daniel Libeskind, gegenüber, im ehemaligen Blumengroßmarkt, befinden sich u.a. die „W. Michael Blumenthal Akademie“ und die „Kinderwelt des Jüdischen Museums“.



Auch für Nicht-Gläubige interessant dürfte ein Besuch des **Berliner Doms** sein. Bei Besichtigungen können die Predigtkirche, die Tauf- und Traukapelle sowie die Kuppel besucht werden. Leider sind Karten dafür nur online zu erwerben. Mehr unter [www.berlinerdom.de](http://www.berlinerdom.de).



Für einen entspannten Spaziergang empfehle ich den **Obersee** und den **Oranensee** in Alt-Hohenschönhausen. Beide Gewässer sind mit den Straßenbahnen M5 und M27

gut erreichbar und in einer knappen Stunde leicht zu umrunden. Zahlreiche Infotafeln geben Auskunft zur Geschichte des Ortes, sehenswert ist der historische Wasserturm, mehrere Skulpturen erfreuen Besucherinnen und Besucher. Eine besondere Attraktion ist das denkmalgeschützte **Mies van der Rohe Haus** am Nordufer des Obersees. Es ist das letzte von Ludwig Mies van der Rohe vor dessen Emigration 1938 in die USA entworfene Wohnhaus in Deutschland. Van der Rohe gilt als einer der bedeutendsten Architekten des Modernismus im 20. Jahrhundert. Noch bis Anfang März ist im Haus am Obersee eine Ausstellung der deutsch-amerikanischen Künstlerin Bettina Allamoda zu sehen. Sie entwickelte eigens für diesen Ort Skulpturen mit Titeln wie „Windfang mit Durchblick“, „Monument/Konfektion IV“ oder „Red Stretch (sparkle)“, um die Miessche Architektur neu zu definieren.



Wer möchte, kann noch die Suermondtstraße überqueren und eine Runde um den **Faulen See** drehen, wofür ebenfalls eine knappe Stunde einzuplanen ist. Der See liegt in einem der größten Naturschutzgebiete Berlins.



**Georg Fehst**

## Der Kahlschlag beginnt – Senat löst Pauschale Minderausgaben auf

**Pauschale Minderausgabe – ein Terminus Technicus aus der Haushaltspolitik bekommt mit dem aktuell beschlossenen Plan für 2024 und 2025 eine besondere Brisanz. Schwarz-Rot hat einen Haushalt beschlossen, der zu mehr als fünf Prozent nicht gedeckt ist. Für mehr als 4 Milliarden Euro steht keine Finanzierung zur Verfügung, ohne dass im Haushaltsplan entsprechende Regelungen für Mehreinnahmen oder Mindereinnahmen verankert worden wären.**

Diese ungedeckten Schecks haben zur Folge, dass diese Milliarden ohne jede Mitsprache des Haushaltsgesetzgebers im laufenden Geschäftsbetrieb des Senats eingespart werden. Die Kürzungssumme stellt sich umso drastischer dar, weil in vielen Bereichen inflations- und tarifbedingt steigende Ausgaben bereits ohne die nun anstehenden Kürzungen nicht finanziert waren. Wir steuern auf eine neue

Periode des Kaputtsparens unserer Stadt zu, die auf katastrophale Weise an den Sanierungsfall Berlin der frühen 2000-er Jahre erinnert.

Da ein Großteil der Ausgaben gesetzlich oder tariflich festgelegt ist, etwa Sozialleistungen oder die Gehälter der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, werden die Kürzungen insbesondere Zuwendungen an Träger und weitere soziale Bereiche sowie Investitionen betreffen. Das alles werden wir an jeder Ecke merken: Angebote für Obdachlose, Senioren, Familien, Frauen oder Jugendliche werden heruntergefahren oder ganz eingestellt. Die Sanierung und der Neubau von Schulen, Verwaltungs- und Hochschulgebäuden oder Polizeiwachen werden verschoben oder ganz abgesagt. Auch in Mitte drohen jetzt Kündigungen beim Personal von Sozial- und Jugendhilfeträgern. Da müssen ggf. die Krankenwohnungen für Obdach-

lose in Moabit schließen, Schulbauvorhaben und Radwegprojekte werden abgesagt.

Dabei gäbe es Alternativen: vom Senat muss schnellstmöglich das kreditfinanzierte Sondervermögen Klima schnellstmöglich auf die Schiene gebracht werden. Die Schuldenbremse muss fallen. Weitere kreditfinanzierte Investitionen könnten den Kernhaushalt entlasten. Und nicht zuletzt: teure und zweifelhafte Wahlgeschenke wie das Berliner 29-Euro-Ticket, das allein 300 Millionen im Jahr kostet, oder eine milliarden schwere Olympiabewerbung müssen gestrichen werden. Wenn die soziale, behördliche und kulturelle Infrastruktur Berlins verrottet, dann muss zuerst diese in Ordnung gebracht werden. Nur eine funktionierende Stadt ist eine soziale Stadt.

**Tobias Schulze,**

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Abgeordnetenhaus

## Tobias Lechner: Jede Stimme für linke Alternativen!

**Ein Linker zu sein heißt für Tobias Lechner zuallererst, sich für Gerechtigkeit, Gleichheit, Teilhabe aller Mitglieder unserer Gesellschaft einzusetzen. „Aber keine Stimme, keine Rechte im Kapitalismus haben hingegen die Tiere“, kritisiert der 27-jährige Student an der Humboldt-Universität.**

„Die Kühe in den Melkanlagen oder die Schweine in den Zuchtställen sind nur Waren, genießen nicht ausreichend Schutz“. Thema seiner derzeitigen Masterarbeit ist Tierethik und -rechtstheorie aus philosophischer Sicht. Zuvor hatte er an der Frankfurter Goethe-Uni ein Studium der Philosophie und Politikwissenschaften mit einer Bachelorarbeit ebenfalls zur ethischen Situation der Tiere abgeschlossen. Schon spielt er mit dem Gedanken, sich in einer Doktorarbeit der Thematik tiefgründig zu widmen. Oder er will in NGO's und sogar als Volksvertreter sich für Menschen- und Tierrechte einsetzen. „Interessant ist, dass es schon im Züricher Stadtparlament einen Abgeordneten für Tierschutz gab“, hebt er hervor.

Auf dem jüngsten Augsburger Parteitag der Partei Die Linke, der Tobias seit über zwei Jahren angehört, wurden alle drei seiner Anträge für Tierschutz ins Eu-

ropa-Wahlprogramm aufgenommen. „Wir sind in unserer Partei in dieser Hinsicht auf einem guten Weg, arbeiten an einem progressiven Tierschutzprogramm“, betont der gebürtige Heidelberger. „Auch dafür müssen wir unseren Einfluss verstärken, die Genossen mobilisieren“. Es reiche nicht, einfach vegan zu essen, Tierschutz müsse Bestandteil des Bildungswesens sein, den starken Einfluss der Fleischindustrie zurückdrängen.

Zur Zeit nimmt er mit anderen Mitstreiter\*innen sein Smartphone in die Hand, um im Rahmen einer Telefonkampagne Genossen anzurufen. „Das ist nicht nur spannend und lehrreich, sondern mitunter rührend, wie sich zum Beispiel ältere Parteimitglieder freuen, dass man sich an sie erinnert. Andere wollen gleich wissen, ob und wie sie mitarbeiten können. Das ist ein echter Schub zum Miteinander mit der Parteilinie. Nicht wenige fühlten sich in den letzten Jahren vergessen und unnütz“.

Tobias Lechner ist Mitglied der Basisorganisation 333 Moabit/Tiergarten. Er geht mit seinen Genossen gegen Rassismus, Neonazis und für den Frieden auf die Straße. Aber er bleibt auch seinem Herzensanliegen treu: seit drei Monaten ist er der Sprecher der Berliner



Landesarbeitsgemeinschaft für Tierschutz und Tierrechte.

Wie wird man als gebürtiger Heidelberger zu einem Linken? „Im Gymnasium suchte ich Mitschüler zum Diskutieren, an der Frankfurter Uni fand ich Verbündete. Bei Studienaufenthalten in Kenia, London und den USA lernte ich besonders kontrastreich die krassen Gegensätze zwischen Reich und Arm, Allmacht und Hoffnungslosigkeit kennen“, erinnert sich Tobias Lechner. „Und bei uns wird heute jede linke Stimme dringend gebraucht gegen den zunehmenden Rechtsruck, gegen das Versagen der Ampel-Regierung, für linke Alternativen im Interesse aller Vergesenen und Rechtslosen.“

**Matthias Herold**

## DAS IST DAS LETZTE

Sind Sie auch oft müde? Weil Sie als Krankenschwester oder Busfahrer in Schichten schufteten? Weil Sie sich am Bahnsteig mal wieder die Beine in den Bauch gestanden haben? Weil Sie Amtsmüdigkeit befallen hat, nachdem Sie ewig auf einen Termin für den neuen Personalausweis warten? Nicken auch Sie bei der zwölften „Tatort“-Wiederholung oder der „Langen Nacht der Fledermaus“ vor der Glotze ein? Ärgern Sie sich, weil Sie doch lieber eher ins Bett gegangen wären, statt sich das nächste Drama der Fußball-Nationalmannschaft anzutun? In den Ministerien gibt es offenbar reichlich Schnarchnasen, denen Karlsruhe das Grundgesetz erklären muss. Immerhin scheint die Bundesregierung die große Volksmüdigkeit erkannt zu haben. Ihre Politik bereitet vielen Bürgerinnen und Bürgern schlaflose Nächte. Da werden Entscheidungen vertagt und verändert, Politik bleibt im Nebulösen, weil nicht begründet und erklärt. Die Preise für Lebensmittel und Mieten steigen. Kinder- und Altersarmut wachsen. Wirten laufen Kosten, Personal und Gäste davon. Annalena Baerbock sorgt sich in vorderster Front, dem neuen Lieblingsplatz vieler Grüner, um die Schläfrigkeit der Massen. „Kriegsmüdigkeit“ treibt sie um. Da allerdings sollten wir hellhörig werden. Denn die Außenministerin meint nicht die geplagten Menschen in der Ukraine oder in Nahost, nicht die im Jemen oder in Afghanistan. Ihr Blick richtet sich auf den Westen und auf Deutschland. Mir ist allerdings nicht bekannt, dass sich unser Land im Krieg befindet. Oder war Baerbocks Bemerkung, Deutschland führe Krieg gegen Russland, mehr als bloß ein Lapsus? Wir sollten froh sein, wenn das Volk von Waffen und Gewalt die Nase voll hat. Das wird im selbstgerechten Bundeskabinett wohl anders gesehen. Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden, meint der Verteidigungsminister. Strebt der eine neue Stellenbeschreibung an? Wie wär's denn mal mit Friedens- und Dialogfähigkeit? Bleiben wir hellwach! **Schorsch**

## Wiederholungswahl in Berlin:

## Warum es wichtig ist, wählen zu gehen

**Am 11. Februar 2024 wird in Teilen Berlins die Bundestagswahl wiederholt. Das Bundesverfassungsgericht hat die Wahl in 455 von insgesamt 2 256 Wahlbezirken für ungültig erklärt. Viele Menschen sind genervt und fragen sich, warum schon wieder eine Wiederholungswahl stattfinden muss. Viele erkennen auch keinen Sinn darin, da sich durch die Wahlergebnisse nichts an der jetzigen Bundesregierung ändert.**

Relevanz jedoch haben die erzielten Wahlergebnisse für die einzelnen Parteien. Durch die annullierten Zweitstimmen verlieren alle im Bundestag vertretenen Parteien, sofern sie in Berlin angetreten sind, vorerst insgesamt sieben Sitze, die sie bei der Wiederholungswahl neu erobern müssen. So verlieren etwa die Grünen, deren Hochburgen besonders stark von der Wahlwiederholung betroffen sind, vorerst zwei Sitze. Von den ungültig erklärten Zweitstimmen sind die Bundestagsmandate von Abgeordneten betroffen, die auf den jeweiligen Berliner Landeslisten der Parteien angetreten sind. Das trifft zum Beispiel auf das Mandat von Pascal Meiser zu, der für die Partei Die Linke auf Platz 2 der Berliner Landesliste angetreten ist.

Normalerweise lässt sich bei einer Bundestagswahl nicht genau vorhersagen, wie viele Stimmen benötigt werden, um einen Sitz zu gewinnen. Die anstehende Wiederholungswahl ist jedoch eine Ausnahme, bei der das anders ist. Da die reguläre Zahl von 598 Bundestagsitzen bereits überschritten ist, geht es zwischen den Parteien nur noch um die Verteilung von Ausgleichsmandaten. Maßstab dafür ist die Partei mit den meisten Überhangmandaten. Das ist die CSU, die nur in Bayern angetreten ist. Deren Stimmenzahl steht bereits fest und kann sich durch die Wiederholungswahl in Berlin nicht mehr ändern. Daher lässt sich für die Wiederholungswahl am 11. Februar genau vorhersagen, wie viele Zweitstimmen benötigt werden, um ein Mandat zu verteidigen.

Im Fall von Pascal Meiser, der auf Platz 2 der Berliner Landesliste der Partei Die Linke kandidiert, heißt das, dass Die Linke mindestens 40 661 Zweitstimmen braucht, um sein Bundestagsmandat zu verteidigen. Das entspricht einem Anteil von genau 81,2 Prozent der Zweitstimmen, die Die Linke 2021 in Berlin geholt hat.

Der Bezirksverband Die Linke Mitte geht deshalb mit voller Kraft in den Wahlkampf, um zumindest alle Wähler\*innen, die Die Linke bereits 2021 gewählt haben, zum Urnengang zu mobilisieren und ihre Stimme für die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des bundesweiten Mietendeckels abzugeben.

**Michael Frey**



### Rechts- und Sozialberatung

**Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber\*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!**

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.

**sozialberatung@linkstreff.de**

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin, Tel.: 030 28705751

**Die Sozialberatung findet jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr statt.**

### KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

#### Impressum:

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte**  
der Partei DIE LINKE  
**Geschäftsstelle:** Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
**Telefon:** 24 009 336/204  
**E-Mail-Adresse:** info@die-linke-berlin-mitte.de  
**Internet:** www.dielinke-berlin-mitte.de  
**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs  
**Satz + Druck:** R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Paralleleität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus besteht nicht.  
Bezeichnungen mit der Endung –innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.  
**Redaktionsschluss:** 19.01.2024  
**Ausgabetag für Nr. 03/2024 – 07.03.2024**

